



Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan Was bleibt?

Dr. Christian Hartmann

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Er ist nicht gut ausgegangen, der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan – nicht gut für uns, nicht gut für viele Afghanen und nicht gut für die Afghaninnen. Die Erinnerung an die dramatischen Ereignisse des vergangenen Sommers ist noch frisch: die unaufhaltsame Offensive der Taliban; der nahezu übergangslose Zusammenbruch des afghanischen Staates, in dessen Aufbau der Westen doch jahrelang so viel investiert hatte; und schließlich das bittere Ende am Flughafen in Kabul. Ein Abzug? Nein, ein Rückzug. Ein überhasteter, vom Gegner geduldeter Rückzug vor den Augen der Welt. Ein solch militärisches, aber mehr noch politisches Desaster wirft viele Fragen auf – allen voran die nach dem Sinn: War dieser Einsatz richtig? Hat er sich gelohnt? Oder war am Ende nicht doch alles vergebens, vielleicht falsch oder gar schlecht?

An Meinungen, Kommentaren oder Bilanzen zum Thema Afghanistan und zum Ende des internationalen Einsatzes herrscht kein Mangel. Aber uns allen fehlt die historische Distanz. Noch ist die Zeit der Zeitzeugen. Das ist gut so. Erfahrung zählt mehr als Meinung. Die Verarbeitung all dieser Ereignisse, der seelische, rationale und schließlich wissenschaftliche Prozess des Ordnen und Aufarbeitens hat gerade erst begonnen. Erfahrungsgemäß braucht die Historisierung Zeit, viel Zeit. Daher erscheint es angemessener und ehrlicher, hier zunächst keine Thesen oder gar ausgefeilte Theorien zu präsentieren, sondern zunächst einmal einige Fragen, denen dann Antworten folgen sollen. Und besser scheint es auch, sich nicht gleich auf die große Frage nach dem Sinn des Ganzen zu konzentrieren, sondern diese Frage zunächst aufzufächern auf insgesamt zehn Einzelaspekte:

(1) War die Reaktion des USA, des Westens und war auch unsere, deutsche, Reaktion auf 9/11 falsch?
Die Frage zu stellen, heißt sie zu verneinen. Vergessen wir nicht: Die Einschläge in die Twin Towers in New York und ins Pentagon in Washington, die 3.000 Menschen aus vielen Teilen der Welt den Tod brachten, empfand der islamistische Terrorismus als großen Sieg und als nicht minder große Bestätigung. Und nicht nur er. Es gab und es gibt eine erstaunlich große Zahl von Staaten, Gruppen



oder Milieus, die mit offener oder klammheimlicher Freude, Genugtuung oder Sympathie beobachtet haben, wie unsere Welt und deren Werte durch diesen provozierenden Anschlag infrage gestellt wurde. Dabei war 9/11 kein Beginn; dieses zynische Massaker besaß eine lange Vorgeschichte: Die erste Attacke auf das World Trade Center (26.2.1993), die Anschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam (7.8.1998) sowie den amerikanischen Kreuzer *USS Cole* (8.8.2000) sind nur die bekanntesten. Auch nach 9/11 gingen diese Terrorangriffe zunächst unvermindert weiter. Seit 1996 besaß das islamistische Terrornetzwerk al-Qaida sein Refugium und seine Ausbildungszentren im „Islamischen Emirat Afghanistan“, dessen Regierung sich auch nach 9/11 standhaft weigerte, Osama bin Laden, den eigentlichen Drahtzieher dieses Angriffs, an die USA auszuliefern. Angesichts dieser Situation war eine adäquate, eine verhältnismäßige Reaktion der USA und ihrer Verbündeten unabdingbar. Dieses „inherent right of individual or collective self-defence“, so der UN-Sicherheitsrat am 12.9.2001, besaß auch die Billigung der Vereinten Nationen sowie der NATO. Diese Reaktion war legitimiert, und sie war legitim.

(2) War es richtig, die USA im Herbst 2001 so vorbehaltlos zu unterstützen, so wie es die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder getan hat?

Deutschland hat den USA viel zu verdanken. Ohne die ausschlaggebende Hilfe der USA wäre der Wiederaufbau Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und auch der Wandel der westdeutschen Gesellschaft in dieser Form nie möglich gewesen. Ähnliches gilt für die Rückgabe der politischen Souveränität an die Bundesrepublik (1955), deren Integration in die NATO (ab 1955) und auch für die deutsch-deutsche Wiedervereinigung (1989/90). Die USA sind nach wie vor Deutschlands stärkster und wichtigster Verbündeter. Selbstverständlich ist das nicht. Von beiden Seiten, darunter auch von führenden Politikern, ist es immer wieder relativiert, kritisiert, mitunter auch ganz infrage gestellt worden. Dabei gibt es nur wenige Staaten auf dieser Welt, deren Wohlstand und deren innere Stabilität in einem so deutlichen Missverhältnis zu seinen militärischen und strategischen Fähigkeiten stehen wie im Falle von Deutschland. Auf die Partnerschaft mit den USA ist Deutschland daher nach wie vor existentiell angewiesen, unser amerikanischer Partner jedoch nicht. Und noch etwas sollte nicht vergessen werden: Würden die USA als Großmacht an Bedeutung verlieren, dann stehen andere Mächte bereit, diese Rolle auszufüllen. Ob das besser – besser für uns und besser für die Welt – steht dahin.

Für die Amerikaner war 9/11 eine traumatische Erfahrung; als Weltmacht fühlten sich die USA damals existentiell bedroht und infrage gestellt. Wie die internationale Entwicklung nach dem Anschlag weitergehen würde, schien damals zunächst unklar. Die deutsche Unterstützung beim „War on Terror“, vor allem aber beim Einsatz in Afghanistan war für die US-Regierung wie für die amerikanische



Gesellschaft ein klares Signal: Die USA konnten sich in der Stunde der Not auf uns verlassen – und nicht, wie sonst, Deutschland auf die USA.

(3) Hat der Westen den von der USA ausgerufenen „War on Terror“ gewonnen?

Der islamistische Terrorismus existiert nach wie vor; er bleibt eine höchst gefährliche Bedrohung und auch Herausforderung – für unsere Welt und deren Werte. Allerdings haben sich mittlerweile diese Terrorgruppen, ihre Protagonisten und Strukturen, stark verändert. Das ist auch ein Resultat der großen Erfolge der USA wie auch des Westens im Kampf gegen diese Bedrohung. Osama bin Laden, Gründer und Anführer von al-Qaida, sowie Vorbild und Identifikationsfigur vieler islamistischer Terrorgruppen, wurde am 2.5.2011 von amerikanischen Spezialkräften in Pakistan erschossen. Tot ist auch Abu Bakr al-Baghdadi, der selbst ernannte Führer des Islamischen Staats, der sich freilich erst lange nach Beginn des internationalen Engagements in Afghanistan formierte, der allerdings inzwischen auch dort präsent ist; al-Baghdadi starb in der Nacht vom 26. auf den 27.10.2019. Angesichts der Vorbildfunktion solcher Figuren für die islamistische Szene ist die Bedeutung ihres Todes nicht hoch genug einzuschätzen. Sie waren längst nicht einzigen aus den Führungszirkeln von al-Qaida, des Islamischen Staates und der Taliban, die für das, was sie zu verantworten hatten, mit ihrem Leben bezahlten. Richtig ist allerdings auch: Diese Gruppen konnten ihre Verluste oft relativ schnell ersetzen. Und: Der damit einhergehende Verjüngungsprozess konnte auch für eine Radikalisierung dieser Gruppen sorgen.

Wenn vom islamistischen Terrorismus die Rede ist, wird gern auf das Prinzip der Hydra verwiesen. Der Sage nach wachsen diesem mehrköpfigen Ungeheuer jeweils zwei Köpfe nach, sobald ihr einer abgeschlagen wird. Aber beweist dieser Vergleich wirklich die Aussichtslosigkeit des antiterroristischen Kampfes? Die Gestalt der Hydra ist uns nur durch die Sage des Herakles überliefert; er konnte die Hydra besiegen, indem er ihre Halsstümpfe ausbrannte, wenn er einen Kopf abgeschlagen hatte. Wenn also gern mit diesem Bild argumentiert wird, so als sei der Terrorismus ein auswegloses Schicksal, so ist das nicht richtig. Die Sage verweist immer auch auf eine mögliche Lösung dieses Problems.

Momentan scheint der islamistische Terrorismus geschwächt; in Afghanistan kämpfen sogar die Anhänger des Islamischen Staates gegen die Taliban. Charakteristisch für diese Gruppen ist freilich auch, dass sie extrem fluide sind, dass sie sich rasch regenerieren und neu gruppieren können. Der entschiedene Kampf gegen diese Gefahr scheint nach wie vor alternativlos und rechtfertigt rückblickend auch den internationalen Einsatz in Afghanistan, das damals die Basis von al-Qaida darstellte.

(4) Wäre es nach 9/11 nicht besser gewesen, die Reaktion auf den War on Terror, auf den Kampf gegen die Terroristen zu begrenzen? Hätte der Westen eigentlich nie nach Afghanistan gehen dürfen?



Hintergrund-Informationen:

BMVg Politik I 5, Gespräche am Ehrenmal vom 31. August 2022

Die USA und ihre Verbündeten hätten es sich nach 9/11 leicht machen können. „Leicht“ ist durchaus wörtlich zu verstehen. Die USA favorisierten anfangs einen „light footprint“ in Afghanistan, die Konzentration auf die Verfolgung der Terroristen sowie den Sturz des Taliban-Regimes. Wäre das aber nicht zynisch gewesen? Es wäre dabei allein um die Interessen des Westens gegangen, nicht aber um die von Afghanistan.

Schon vor 1979, vor der Katastrophe der sowjetischen Besetzung, hatte dieses weit entfernte „Land am Hindukusch“ zu den ärmsten Ländern der Welt gezählt. Als die sowjetischen Truppen 1989 wieder abzogen, hinterließen sie ein total verwüstetes Land. Der Kampf der sowjetischen Besatzer gegen die Mudschaheddin, die afghanische Widerstandsbewegung, kostete einer Million Zivilisten das Leben. Dennoch wurde es nach 1989 nicht besser – im Gegenteil. Der sich anschließende Bürgerkrieg zwischen den verfeindeten, siegreichen Warlords sowie die 1996 beginnende Herrschaft der Taliban machten Afghanistan endgültig zu einem „failed state“. Als eines der ganz wenigen Länder dieser Welt verzeichnete Afghanistan damals einen deutlichen Rückgang seiner Bevölkerung. Was lag daher nach 2001 näher, als diesen trostlosen Kreislauf von Krieg, Gewalt und Verelendung zu durchbrechen und das geschundene Land wiederaufzubauen? Die Niederlage der Taliban bot hierfür eine einmalige Chance. Auch viele Afghanen hofften damals auf einen Neuanfang, auf eine Wendung zum Guten; von den über 5 Millionen Flüchtlingen, die Afghanistan in den Jahren zuvor verlassen hatten, kehrten damals viele wieder zurück. Nur durch einen langfristigen Wiederaufbau Afghanistans schien die Gefahr einer erneuten religiösen Diktatur und einer Regeneration der islamistischen Terrornetzwerke wirklich gebannt.

(5) Wann hat der Westen den Einsatz in Afghanistan militärisch verloren?

Der Einsatz in Afghanistan war zunächst ein amerikanisches Anliegen. Die Multinationalität der *Operation Enduring Freedom* (OEF, 2001-2014), der *International Security Assistance Force* (ISAF, 2001-2014) oder von *Resolute Support* (RS, 2014-2021) konnte nur wenig daran ändern, dass die amerikanische Dominanz in diesen Einsätzen stets ausschlaggebend blieb; erinnert sei nur an die Befehlsstruktur oder – Stichworte: Airforce, Reconnaissance – an die Stärkeverhältnisse. Wer das beklagt, sei daran erinnert, dass Deutschland sein Potenzial und auch sein Renommee in zwei Weltkriegen sinnlos verpulvert hat.

Die amerikanische Dominanz sorgte auch dafür, dass der Einsatz in Afghanistan zumindest militärisch schon relativ früh entschieden wurde. Schon im März 2003, als die Regierung Bush den Schwerpunkt ihrer Kriegführung auf den Irak legte, war im Grunde die Chance für einen nachhaltigen Aufbau des jungen afghanischen Staates vertan. Für ein Land von dieser Größe waren die Truppen von ISAF und OEF einfach zu schwach.



Wenig hilfreich – zumindest für die Lage vor Ort – war dann auch der konkrete Abzugstermin, den die Regierung Obama im Januar 2010 erstmals ins Spiel brachte. Über das Ende des Afghanistan-Einsatzes entschieden hat schließlich die Regierung Trump im Februar 2020. So waren die Rahmenbedingungen. Das heißt, der Gegner konnte schon früh auf Zeit spielen. Dieser Zeitpunkt war im Februar 2020 gekommen. Mit dem von der Regierung Trump geschlossenen Doha-Abkommen mit den Taliban (29.2.2020) verpflichteten sich die USA – sowie ihre Verbündeten – ihre Streitkräfte bis April 2021 abzuziehen. Die im Vertrag eigentlich vorgesehenen innerafghanischen Verhandlungen über die künftige politische Struktur und Führung des Landes nahmen die Taliban nicht weiter ernst – im Gegenteil: Sofort nach Unterzeichnung des Vertrags begannen sie ihre Angriffe gegen die Afghanische Nationalarmee zu intensivieren.

(6) Stand die Bundeswehr aufgrund dieser übergreifenden Entwicklung und aufgrund dieser Abhängigkeiten nicht von vorneherein auf einem verlorenen Posten?

Die Aufgabe der Bundeswehr in Afghanistan war alles andere als einfach: militärische Absicherung des „Nation-building“ und des Wiederaufbaus von Afghanistan. Schon allein das war eine Herausforderung für sich: Nach über zwanzig Jahren Krieg und Bürgerkrieg war Afghanistan ruiniert. Und auch das Beharrungsvermögen seiner archaischen Stammesgesellschaften machte es nicht leicht, dieses Land und seine verschiedenen Gesellschaften zu verändern oder gar zu modernisieren. Noch schwieriger wurde dieser Auftrag, als klar zu werden begann, dass die Taliban zurückkehren und die Veränderung des Landes nicht akzeptieren wollten. War dieser Prozess damit aber von Anfang an aussichtslos? Wohl kaum; die Geschichte ist voll von Ereignissen, die man sich anfangs nie vorstellen konnte. Selbst wenn der Kampf mit den Gegnern dieses Wiederaufbaus immer härter und verlustreicher wurde, so ging der Aufbau doch weiter. Vieles hat sich dadurch verändert: Bis 2018 verzehnfachte sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler; die Alphabetisierungsrate stieg von 18 auf 43 %. Fast alle Menschen hatten 2020 Zugang zu Elektrizität; 2005 war es lediglich ein Viertel. Gleichzeitig erhöhte sich der Zugang zu einer verlässlichen, sauberen Trinkwasserversorgung von 32 auf 72 %. Das Pro-Kopf-Einkommen konnte sich bis 2020 fast verdreifachen. Die Müttersterblichkeit sank seit 2001 um 54 %, während 87 % der afghanischen Bevölkerung 2018 Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen hatte (2001: 8 %).

Insgesamt wuchs die afghanische Bevölkerung zwischen den Jahren 2000 und 2021 von knapp 21 Millionen Menschen auf über 37 Millionen. In einem Alltag, der lange Zeit auf eine ganz unvorstellbare Weise von Unterdrückung, Armut, Flucht und Tod geprägt war, war diese Entwicklung nicht selbstverständlich. Trotz aller auch damit verbundenen Probleme ist und bleibt sie ein Erfolg. Andere Ziele wurden hingegen nie erreicht; die Stichworte sind: Korruption, Drogen, good governance, eine



moderne Rechtskultur oder die alltägliche Gewalt. Und noch an ein Problem sei erinnert, an jene, die guten Glaubens auf die Verheißungen des Westens gebaut haben und die nun dafür büßen müssen.

(7) Wie groß waren die Handlungsspielräume der Bundeswehr?

Die Bundeswehr war nicht allein in Afghanistan; das wird oft übersehen. Ihr Einsatz sollte zunächst nicht mehr sein als eine militärische Absicherung des „Nation-building“ und des Wiederaufbaus des Landes. Daran beteiligt waren von deutscher Seite vier Ressorts: das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und eben das Bundesministerium für Verteidigung; von allen deutschen Ressorts entsandte dieses die mit Abstand meisten Menschen nach Afghanistan: Zwischen 2001 und 2021 waren es insgesamt ca. 93.000 Soldatinnen und Soldaten.

Damit stellte Deutschland in Afghanistan zwar gewöhnlich das drittgrößte militärische Kontingent – nach den Amerikanern und den Briten – , doch war dieses bereits militärisch in ein kompliziertes Geflecht von weiteren Verbündeten und vorgesetzten militärischen Dienststellen eingebunden. Im Oktober 2009 etwa beteiligten sich 43 NATO- und Nicht-NATO-Staaten an ISAF, zum Teil mit kleinen oder kleinsten Detachements; schon allein das erforderte an der Basis einen ständigen Abstimmungsprozess. Diese, in vieler Hinsicht unterschiedlichen Einheiten waren dem internationalen Hauptquartier in Kabul unterstellt, dessen Kommandeur kontinuierlich wechselte; anfangs stammte er aus unterschiedlichen Ländern, von 2007 bis 2021 nur noch aus den USA. Daneben existierte noch bis 2014 eine eigene Befehlskette für die *Operation Enduring Freedom*, die ausschließlich von den USA befehligt wurden.

Absprachen und Koordinierung waren nicht nur in diese Richtung notwendig, sondern auch mit der afghanischen Regierung sowie mit den verschiedenen afghanischen Sicherheitskräften vor Ort. Oft waren sie keine einfachen Koalitionspartner. Neben diesen offiziellen Kräften der afghanischen Regierung besaßen auch die regionalen Warlords und Local Power Brokers viel Macht, wobei diese regionalen Machtstrukturen oft nur schwer zu durchschauen waren und sich zudem schnell verändern konnten. Ohne deren Unterstützung oder zumindest doch Akzeptanz stand man, weitab von Kabul, aber oft auf verlorenem Posten.

Dann gab es für die deutschen Kontingente vorgesetzte Dienststellen in Deutschland – allen voran das Einsatzführungskommando, das wiederum dem Bundesministerium der Verteidigung untersteht. Schließlich besitzt auch der Bundestag seit 2005 durch das Parlamentsbeteiligungsgesetz erhebliche Mitwirkungsrechte an der Dauer und am Charakter der Auslandseinsätze der Bundeswehr, nicht zu vergessen die Einflussmöglichkeiten der „Vierten Gewalt“, der öffentlichen Medien, die gerade in einem solchen Geschehen sehr hoch zu veranschlagen sind. Und schließlich gab es Rules of



Hintergrund-Informationen:

BMVg Politik I 5, Gespräche am Ehrenmal vom 31. August 2022

Engagement, die der militärischen Entwicklung vor Ort schon bald nicht mehr gerecht wurden und immer wieder der Lage angepasst werden mussten.

Mit einem Wort: Die Lage der Bundeswehr in Afghanistan war in vielfacher Hinsicht schwierig – nicht allein im Hinblick auf die Aufgabe oder den Gegner, sondern auch mit Blick auf die eigene Seite, auf die damit verbundenen organisatorischen Strukturen, in die die deutschen Kontingente stets eingebunden blieben. Sichtbar wird damit freilich auch, dass es neben den deutschen Streitkräften und ihrer Führung noch viele andere Kräfte, Gruppen und Staaten gab, welche die Verantwortung für die Entwicklung in Afghanistan tragen.

(8) Wie sind die Leistungen der Bundeswehr während ihres zwanzigjährigen Einsatzes in Afghanistan zu bewerten?

Existenz und Selbstverständnis der Bundeswehr war bis 1989 geprägt vom Grundsatz des Kämpfen Könnens, um nicht kämpfen zu müssen. In den Zeiten des Kalten war das richtig und gut, und es hat am Ende auch funktioniert. Erstmals kämpfen, so wie im Krieg, musste die Bundeswehr in Afghanistan. Damit verbunden war ein mühseliger, schmerzhafter und immer wieder auch blutiger Lernprozess. „Im Kriege lernt man gründlich“, schrieb Ernst Jünger, „aber das Lehrgeld ist hoch.“

Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Ein asymmetrischer Krieg und ein irregulär kämpfender Gegner, der das Völkerrecht systematisch missachtet oder zu seinen Gunsten missbraucht, gehören zu den schwierigsten Herausforderungen einer Armee. Darauf waren und wurden die deutschen Soldaten nicht vorbereitet. Dennoch haben sie sich von dieser gesetzlosen Gewalt weder provozieren, noch radikalieren lassen. Schon das lässt erahnen, wie viel die Bundeswehr, oder präziser: wie viel deren Angehörigen in Afghanistan geleistet haben. Und deutlich wird auch, wie sehr sich diese Armee in den 20 Jahren dieses Einsatzes verändert hat. Sie ist in vielfacher Hinsicht professioneller geworden. Schließlich konnte sie sich auch gegen einen irregulär kämpfenden Gegner erfolgreich wehren, ohne dass sich diese Kämpfe – wie sonst so oft – radikalisiert hätten. Die UNAMA, United Nations Assistance Mission in Afghanistan, hat über die zivilen Verluste dieser Kämpfe sehr genau Buch geführt, Jahr für Jahr. Die mit Abstand meisten Opfer hatten islamistische oder kriminelle Gruppen zu verantworten, deutsche Soldaten spielen in diesen Berichten keine Rolle, mit einer Ausnahme, dem Luftschlag von Kunduz im September 2009; dies ist eine Geschichte für sich. Sonst aber ist in diesen Berichten noch nicht einmal der Verdacht einer deutschen Völkerrechtsverletzung dokumentiert. Kein deutscher Soldat, der seinen Hass oder Frust an den Zivilisten ausgelassen hätte. Vor dem Hintergrund dieses Krieges und seiner Bedingungen, erst recht aber vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte verdient diese Bilanz größten Respekt. Und noch etwas beweist diese Bilanz: Innere Führung ist kein Selbstzweck. Dieses Konzept hat seine Berechtigung, gerade auch dann, wenn es ernst wird.



(9) Wie weit ist Afghanistan für uns, für Deutschland noch relevant?

Durch den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan bis Ende Juni 2021 ist dieses Land für uns und unsere Politik nicht irrelevant geworden. Schon die vielen Projekte, Verpflichtungen oder Beziehungen, die während dieses militärischen und zivilen Einsatzes von zwanzig Jahren aufgebaut wurden, ließen sich nicht einfach beenden. Ein besonders bekanntes Beispiel dafür ist das Schicksal der Ortskräfte der Bundeswehr. Hier ist es nach anfangs großen Schwierigkeiten gelungen drei Viertel dieser Menschen mit ihren Familienangehörigen, etwa 21.000 Menschen, nach Deutschland zu holen. Außerdem sind, auch mit deutscher Hilfe, etwa die Hälfte der „besonders schutzbedürftigen“ Afghaninnen und Afghanen mittlerweile in Sicherheit. Viel gravierender aber erscheint das Schicksal des gesamten Landes. 24 Millionen Menschen sind dort derzeit vom Hunger bedroht; das hat klimatische, ökonomische, aber auch politische Gründe. Solange nicht politische „Mindestbedingungen“ erfüllt sind, wird Deutschland nicht helfen. Das heißt dann aber auch: Es sind neue Flüchtlingsströme zu erwarten.

Unklar bleibt auch die künftige Politik der führenden Taliban. Nach ihrer Machtübernahme haben diese ganz offensichtlich versucht, gewaltsame Exzesse gegenüber ihren Gegnern zu vermeiden, selbst wenn das nicht überall gelungen ist. Auch sind sie angesichts der wirtschaftlich desaströsen Lage Afghanistans bemüht, die Kontakte ins westliche Ausland nicht abreißen zu lassen. Doch gibt es auch radikale Kräfte und mit dem IS offene, islamistische Gegner, die klar eine härtere Politik im Innern und eine deutlichere Konfrontation mit dem Westen befürworten. Ob sich eine Entwicklung wie in den 90er Jahren wiederholen wird, ist völlig offen. Schon allein unter diesen Aspekten wird Afghanistan für uns auch weiterhin relevant bleiben.

(10) Welche Bedeutung hat der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr für unsere Gegenwart? Was bleibt von diesem Einsatz?

Fasst man alles zusammen, so wird deutlich, von wie viel externen Faktoren der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan abhängig blieb. Dieser Einsatz war zunächst das Resultat einer internationalen Entwicklung, die zumindest in dieser Form nicht vorhersehbar gewesen war. Niemand konnte sich 9/11 vorstellen. Und: Eine deutliche Reaktion auf diesen brutalen Angriff war dringend geboten. Aber auch sonst stellt sich selbst aus heutiger Sicht die Frage, welche grundsätzliche Alternativen es damals eigentlich gegeben hätte. Der Westen hatte sich viel zu lange zu wenig oder gar nicht um Afghanistan gekümmert; hier war viel nachzuholen. Natürlich weiß man inzwischen besser, was man im Einzelnen hätte anders oder auch gar nicht machen sollen. Aber bei der Beantwortung der beiden zentralen, grundsätzlichen Fragen: Krieg gegen den Terror und Aufbau von Afghanistan, wird dies schon deutlich schwieriger.

Hintergrund-Informationen:

BMVg Politik I 5, Gespräche am Ehrenmal vom 31. August 2022



Bundesministerium
der Verteidigung

Deutschland hat sehr viel in dieses Land investiert. Viel Geld und viele Ansätze und Pläne sind nicht dort angekommen, wo sie hätten ankommen sollen. Dennoch hat sich in der Zeit von 2001 bis 2021 sehr viel in Afghanistan verbessert. War dies falsch? War es falsch, einem der ärmsten Länder dieser Welt nicht zu helfen und nicht zu versuchen, diesen Aufbau militärisch abzusichern? Die deutschen Kontingente waren viel zu schwach, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Wenn überhaupt, dann hätte diese Aufgabe nur dann bewältigt werden können, wenn sich auch die USA ausschließlich auf Afghanistan konzentriert hätten. Das aber lag nicht in unserer Entscheidung.

Schon aufgrund dieser Ausgangslage musste der Einsatz in Afghanistan für die Bundeswehr zu einer Prüfung werden, wie sie sie bisher noch nie erlebt hatte. Zeugnis dafür sind 59 Gefallene sowie die vielen Angehörigen dieser Armee, die in Afghanistan dauerhaft an Leib oder Seele verwundet wurden. Afghanistan war immer auch ein harter und bitterer Lernprozess. Nach dem Rückzug aus Afghanistan ist die Bündnis- und Landesverteidigung wieder zur dominierenden Hauptaufgabe der deutschen Streitkräfte geworden. Das Thema Krieg als unmittelbare militärische Herausforderung ist damit aber nicht in den Hintergrund getreten – im Gegenteil. Selten war die Bedrohung durch eine große militärische Auseinandersetzung in der Geschichte der Bundeswehr so aktuell wie zur Zeit. Auch jetzt bleibt die Bundeswehr in Einsätzen außerhalb von Deutschland. Vieles, was in den letzten Jahrzehnten erprobt wurde, läuft weiter: das System der Kontingente, die Trennung von zu Hause, die Vor- und Nachbereitung und anderes mehr.

Nicht allein darauf kann die Bundeswehr künftig aufbauen. Die Bundeswehr hat in Afghanistan viel gelernt, sie musste lernen – was blieb ihr am Ort des Geschehens auch anderes übrig? Nun liegt es an den anderen, an uns, der Zivilgesellschaft und, nicht zu vergessen, ihrer Politik.